

Zerstörung des Dritten Tempels: Israel am Rande eines Bürgerkriegs

Die jüngsten Massenproteste in Israel gegen umstrittene, undemokratische Justizreformen haben Besorgnis über das Potenzial für innerstaatliche Zusammenstöße geweckt, die die grundlegende Stabilität des „jüdischen Staates“ bedrohen.



28. Februar 2023 | Der Palästina-Korrespondent von The Cradle

Während [Zehntausende Israelis](#) gegen die von ihrer Regierung geplante Justizreform protestierten, führte die israelische Armee am 22. Februar eine groß angelegte Sicherheitsoperation in Nablus durch, bei der 11 Zivilisten getötet und mehr als 100 weitere verletzt wurden.

Die anhaltenden Demonstrationen gegen das [umstrittene Gesetz](#) werden immer gewalttätiger. Wütende Parolen und Aktionen der Demonstranten führten dazu, dass die israelische Polizei kürzlich einen Demonstranten in der Stadt Beersheba im Süden des besetzten Palästina tötete.

Ein entscheidender Moment der Proteste ereignete sich letzte Woche – während der ersten Abstimmung über den Entwurf der Justizreform – als die Demonstranten das Parlamentsgebäude der Knesset stürmen konnten, bevor sie von den Sicherheitskräften vertrieben wurden.

Untergrabung der „einzigsten Demokratie“ in der Region

Der Justizreformplan ist eine der wichtigsten Initiativen der sechsten Regierung von Premierminister Benjamin Netanjahu. Er zielt darauf ab, die Befugnisse der Richter zu begrenzen, die derzeit die der Knesset-Abgeordneten übersteigen, und den Knesset-Mitgliedern in Ausnahmefällen die Möglichkeit zu geben, bei der Ernennung von Richtern einzugreifen.

Netanjahus Gegner argumentieren, die Reformpläne von Justizminister Yariv Levin seien ein dreister Versuch, „die Justiz zu politisieren und zu unterminieren“, um den Premierminister vor einer Strafverfolgung wegen „Korruption und Veruntreuung Untreue“ zu schützen.

Laut der Obersten Richterin Esther Hayut werden die vorgeschlagenen Reformen

dem Gericht die Möglichkeit nehmen, Gesetze außer Kraft zu setzen, die unverhältnismäßig gegen die Menschenrechte verstoßen, einschließlich des Rechts auf Leben, Eigentum, Freizügigkeit sowie des Grundrechts der Menschenwürde und der davon abgeleiteten Rechte – das Recht auf Gleichheit, Redefreiheit und mehr.

Der ehemalige Oberste Richter Aharon Barak hat ähnliche Bedenken [geäußert](#) und den Gesetzentwurf als „Anfang vom Ende des Dritten Tempels“ bezeichnet – ein apokalyptischer Ausdruck und eine Befürchtung, die den Beginn des Untergangs Israels bezeichnet.

In seinem Buch „Der dritte Tempel“ analysiert der israelische Reporter und Schriftsteller Ari Shavit, wie die Israelis im achten Jahrzehnt des Staates zu ihren eigenen Feinden geworden sind: „Mit Sicherheits Herausforderungen kann man fertig werden ... aber der Zerfall der Identität kann nicht überwunden werden.“

Israels drohender ‚Bürgerkrieg‘

In den Korridoren der israelischen Macht wird der Begriff „Verrat“ immer häufiger verwendet, parallel zur Aufforderung des Ministers für nationale Sicherheit Itamar Ben Gvir an die Polizei, „härter“ gegen Demonstranten im Inland vorzugehen.

Nach der [Warnung](#) des israelischen Staatspräsidenten Isaac Herzog, dass Netanjahus Plan das Land an den „Rand des verfassungsmäßigen und sozialen Zusammenbruchs“ bringen könnte, wird in der hebräischen Presse routinemäßig der Begriff „Bürgerkrieg“ verwendet, und der Haaretz-Analyst Anshel Pfeffer [meint](#), dass „ein Bürgerkrieg nicht mehr undenkbar ist“.

„In den letzten Tagen habe ich mich in Gesprächen wiedergefunden, von denen ich nie gedacht hätte, dass ich sie jemals führen würde ... Aber das Thema ist toderntst: die verschiedenen Möglichkeiten, wie ein Bürgerkrieg plötzlich ausbrechen könnte, und wer gewinnen würde“, sinniert Pfeffer und fragt bedrohlich: „Werden (Israels) Strafverfolgungsbehörden, Sicherheitsbehörden und das Militär Partei ergreifen?“

Der Forscher für israelische Angelegenheiten, Ismail Mohammed, erklärt gegenüber *The Cradle*, dass die Vorstellung eines Bürgerkriegs in Israel nicht mehr nur ein Hirngespinnst ist, auf das die Gegner des Besatzungsstaates hoffen. Yedidia Stern, Leiterin des von der Jewish Agency gegründeten Jewish People Policy Institute, sagte, Israel sei einem Bürgerkrieg so nahe wie seit der Ermordung von Yitzhak Rabin 1995 und dem Rückzug aus dem Gazastreifen 2005 nicht mehr. Beides waren Ereignisse, bei denen Israel am Rande eines Bürgerkriegs stand.

Der Kampf um die Justizreform in Israel ist nicht nur ein einfacher Konflikt, sondern spiegelt vielmehr tiefere Fragen wider, die die Identität des Staates und seine gesellschaftliche Zusammensetzung berühren. Das Ziel einiger politischer Gruppen, wie der Koalition von Ben Gvir und dem rechten Finanzminister Bezalel Smotrich, ist es, Israel von einem säkularen, liberalen Staat in einen Staat zu verwandeln, der auf religiösem Recht basiert: religiöse Rituale und das tägliche Verhalten von Juden zu regeln – oder in der hebräischen Terminologie, eine Form von „Halakha“.

Dies zeigt sich auch in der Äußerung des aschkenasischen Haredi-Gesetzgebers Yitzhak Pindrus, der am 74. Jahrestag der [Nakba](#) den Wunsch äußerte, das Gebäude des Obersten Gerichtshofs „[in die Luft zu sprengen](#)“, das weltliche Zivilgesetze regelt, die im Widerspruch zu religiösen Lehren stehen.

Die Polarisierung findet nicht nur zwischen säkularen und religiösen Juden statt. Auch die hässliche alte Spaltung zwischen Ost- und Westjuden kommt wieder zum Vorschein. So hat Ben Gvir wiederholt dazu aufgerufen, die Macht der „Aschkenasen“ über den Staat zu beschneiden, und die Einbeziehung der „sephardischen“ Mizrachi-Juden in die israelischen Institutionen gefordert.

Eine jüngste Erklärung von Otzma Yehudit MK Zvika Vogel auf der Website des hebräischen Kan 11 spiegelt diesen bedeutenden Wandel von bloßen politischen Differenzen hin zu einem existenziellen Konflikt zwischen zwei verschiedenen Israels wider. Vogel forderte die Verhaftung der Oppositionspolitiker Yair Lapid, Benny Gantz, Yair Golan und Moshe Ya'alon, weil sie den Bürgerkrieg geschürt hätten, und bezeichnete sie als „die gefährlichsten Personen, die es derzeit in Israel gibt“.

Anwar Saleh, Analyst für israelische Angelegenheiten, erklärt gegenüber *The Cradle*: „Das Problem ist viel ernster als eine Forderung nach Gleichheit und Staatsbürgerschaft. Netanjahus extremistische Koalition vertritt Überzeugungen, die die Grundfesten des Staates berühren, wie etwa die Rückkehr zu der elementaren Frage ‚Wer ist ein Jude?‘“

„Diese politische Gruppierung ist der Ansicht, dass säkulare Juden – die mehr als 44 Prozent der Israelis ausmachen – ‚falsche Juden‘ sind und dass die derzeitige Regierung, die von der religiösen Rechten kontrolliert wird, die 20 Prozent der Bevölkerung ausmacht, den wahren Geist des Judentums repräsentiert“, so Saleh weiter. „Diese Debatte, die heute – 74 Jahre nach der Gründung des Staates Israel – geführt wird, berührt die Grundlage, auf der die Jewish Agency ihr Einwanderungsprogramm startete, um Juden nach Palästina zu holen.“

Desinvestitionen inmitten von Unsicherheit

Bemerkenswert ist, dass seit Beginn der Proteste mehr als 50 Investmentgesellschaften ihre Geschäfte aus Israel in andere Länder verlagert haben. Zu dieser Massenflucht gehören 37 Technologieunternehmen.

Diese Entwicklung veranlasste den israelischen Minister für Wissenschaft und Technologie, Ofir Okunis, zu einem privaten Treffen mit ausländischen Botschaftern in Tel Aviv, bei dem er sie aufforderte, in dieser Angelegenheit Stellung zu beziehen.

Als Reaktion darauf gaben die Technologieunternehmen eine Erklärung ab, in der sie sich weigerten, 2,2 Milliarden Dollar an Gewinnen aus ihren Auslandsgeschäften nach Israel zu repatriieren. Die Eigentümer dieser Unternehmen haben sich auch besorgt über eine Herabstufung der Kreditwürdigkeit des Landes geäußert, weil die Politiker nun Richter ernennen, was sie als ungünstiges Umfeld für Unternehmen ansehen. Dies hat eine Reihe von Investoren dazu veranlasst, Gelder in Israel ins Ausland zu transferieren.

Moses' Stab

Selbst wenn Netanjahu heute den mächtigen „Stab des Moses“ in der Hand hätte, könnte er die starken innenpolitischen Gegensätze, die Israel auseinanderreißen, nicht überwinden. Das einzige Mittel, das dem Premierminister zur Verfügung steht, ist, die Aufmerksamkeit Israels auf andere Bereiche zu lenken – auch wenn dies letztendlich den Konflikt im Inneren wieder anfachen wird. Im Grunde genommen wird sein Land jetzt oder später mit seinem Bürgerkrieg konfrontiert werden.

Trotz ihrer vielen Unterschiede ist sich die israelische Gesellschaft einig in der – von ihren Politikern und Medien geschürten – Auffassung, dass sie von außen existenziell bedroht ist. Beobachter spekulieren, dass Netanjahus einzige Hoffnung, den internen Konflikt zu beruhigen, darin besteht, eine heiße Bedrohung von außen zu inszenieren.

Dem politischen Analysten Ayman al-Rifati zufolge gilt das besetzte Westjordanland als die politisch am wenigsten sensible und flexibelste Handlungsoption. Er erklärt gegenüber *The Cradle*, dass der Gazastreifen im Gegensatz zu früher heute der Schauplatz ist, an dem Israel versucht, die Ruhe zu bewahren, um eine militärische Eskalation während der kommenden Ramadan-Saison zu vermeiden.

Die zunehmende Raffinesse der Raketen in den Waffenlagern des Gazastreifens stellt ebenfalls ein zu großes Risiko dar, mit unbekanntem und unkontrollierbaren Folgen, die Israel möglicherweise zu tragen hat. Das Westjordanland hingegen ist relativ unbewaffnet, und Kleinwaffen befinden sich in viel weniger Händen.

Und trotz ständiger Drohungen aus Tel Aviv gibt es keine Anzeichen dafür, dass Israel einen Krieg mit dem Iran oder der Hisbollah beginnen wird, obwohl die Option, gezielte Sicherheitsoperationen durchzuführen, die eine Reaktion dieser Gegner hervorrufen, weiterhin besteht.

Der [jüngste Angriff](#) jüdischer Siedler auf das Dorf Huwara in der Stadt Nablus im Westjordanland ist ein Nebenprodukt der Bemühungen Netanjahus, die israelische Bevölkerung für eine umfassende Konfrontation mit den Palästinensern im Westjordanland zu mobilisieren. Eines der Hauptziele dieses Zusammenstoßes ist es, die Aufmerksamkeit von Israels internem Zusammenbruch abzulenken.